



STADT COTTBUS
CHÓŠEBUZ



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Vielfalt leben, Gemeinsamkeiten schaffen, zusammen mehr erreichen

Lokaler Aktionsplan der Stadt Cottbus/Chóšebuz

„TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“

Beschlossen durch die Stadtverordnetenversammlung am 30.11.2011.

Das Erstellen des Lokalen Aktionsplanes wird gefördert durch das Programm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

- Der Lokale Aktionsplan der Stadt Cottbus/Chósebuz wird ständig aktualisiert und fortgeschrieben.

Impressum:

Stadtverwaltung Cottbus
Neumarkt 5
03046 Cottbus
Telefon: 0355/612-2305
Fax: 0355/612-2303
www.cottbus.de
Email: lap@cottbus.de

Inhaltsverzeichnis	3
Präambel	4
1. Motto, Ziele und Handlungskonzept	5
1.1 Motto	5
1.2 Ziele des Lokalen Aktionsplans	5
1.3 Handlungskonzept	6
2. Situationsbeschreibung Rechtsextremismus	8
2.1 Problemlage in Cottbus	8
2.2 Fazit für den Lokalen Aktionsplan	10
3. Bisherige Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus	10
4. Gremien, Partnerschaften und Aussagen zur organisatorischen Bewältigung des Bundesprogrammes	12
4.1 Ämternetzwerk	12
4.2 Zivilgesellschaftliche Partner	13
4.3 Begleitausschuss	14
4.4 Lokale Koordinierungsstelle	15
4.5 Interne Kommunikation	15
4.6 Evaluation und Qualitätssicherung	16
4.7 Mittelbewirtschaftung	16
4.8 Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen	17
4.9 Kooperation mit der wissenschaftlichen Begleitung	18
5. Gender Mainstreaming	18
6. Einbindung des Lokalen Aktionsplans in andere Entwicklungskonzepte	19
7. Datenschutz	19

Präambel

Das Engagement für Demokratie und Toleranz ist ein wichtiges Anliegen der Stadt Cottbus/Chósebuz. Dazu braucht es Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren und damit die Werte unserer Demokratie an die nächste Generation weitergeben. Dieses Anliegen unterstützt das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Der Lokale Aktionsplan (LAP) der Stadt Cottbus/ Chósebuz ist Ergebnis eines langen Prozesses und Ausdruck einer mittel- und langfristig angelegten Strategie, die zur Entwicklung und Stärkung demokratischer und humanistischer Einstellungen und Verhaltensweisen in größtmöglichen Teilen der Bevölkerung beitragen soll. Daneben liegt das Zurückdrängen extremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Positionen im Zentrum dieser Strategie. Dieser Ansatz zielt auf die Besetzung des öffentlichen und privaten Raums gleichermaßen ab. Besonderes Augenmerk gilt der Sensibilisierung und Prägung der Alltagswahrnehmung und Handlungsbereitschaft des Teils der Bevölkerung, die im Kontext des LAP zu erreichen ist.

Auf der im Juni 2011 stattgefundenen Zukunftswerkstatt zum Thema „Wir machen Cottbus stark“, verständigten sich Vertreter aller Altersgruppen aus den verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auf gemeinsame Ziele, die in den nächsten Jahren in der Stadt Cottbus/Chósebuz erreicht werden sollen. Gemeinsam erinnerte man sich an Zurückliegendes, man diskutierte, überlegte, stritt und rang um ein Cottbus/Chósebuz, das lebenswert, offen und attraktiv sein soll, als ein Lebens- und Lernort Perspektiven bietet und in dem sich Menschen aller Generationen gleichsam wohl fühlen können. Der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderte Lokale Aktionsplan ist eine Erarbeitung der lokalen kommunalen Strategie, um die Ziele zu erreichen.

Das Selbstverständnis „Strategie“ impliziert die Verfahrensweise, mögliche konkrete Projekte auf der Ebene der zu erwartenden Wirkungen, auf der Ebene der Akteure, auf der Ebene der konkreten Umsetzung und Abwicklung sowie auf der Ebene der zur Umsetzung der Projekte gegebenenfalls erforderlichen Ressourcen aufeinander abzustimmen oder in wechselseitigen Bezug zu bringen. Synergieeffekte und langfristige Wirkungen werden dabei generell prioritär vor dem kurzfristig entfachten Aktionismus betrachtet und bewertet. Eine intensive Kooperation und lebendige Vernetzung stehen, entsprechend dem Wunsch der zahlreichen Akteure, vor dem Nebeneinanderagieren.

Ein derart strategisch orientiertes Vorgehen im Zusammenspiel mit kreativen Ideen, Beharrlichkeit, Offenheit und Engagement der Cottbuser Bürgerschaft, wird sich perspektivisch positiv auf die Entwicklung und das Klima in der Stadt auswirken.

1. Motto, Ziele und Handlungskonzept

1.1 Motto

Auf der im Juni 2011 ausgerichteten Zukunftswerkstatt „Wir machen Cottbus stark“, stellten die Teilnehmenden den Lokalen Aktionsplan der Stadt Cottbus/Chósebus unter das Motto:

Vielfalt leben, Gemeinsamkeiten schaffen, zusammen mehr erreichen

1.2 Ziele

Leitziel:

Cottbus/Chósebus ist ein lebenswertes, offenes und attraktives Zentrum gelebter Menschenrechte, sicherer Lebens - und Lernort mit Zukunft und Perspektive für alle Menschen aller Generationen.

Mittlerziele:

Der größte Teil der Bevölkerung

- nutzt generationenübergreifende, vielfältige und leicht zugängliche Angebote/Aktionen
- befürwortet zivilgesellschaftliches Engagement
- kennt die Ziele und die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus
- erkennt die Parallelen zwischen der nationalsozialistischen und rechtsextremistischen Ideologie
- erkennt Versuche rechtsextremer Strukturen und Organisationen, Öffentlichkeit über Themen oder Plätze für sich zu besetzen
- kennt die Beeinflussung der Kinder und Jugendlichen durch die rechtsextreme Szene
- reagiert auf diese Beeinflussung mit Präventions- und Interventionsmaßnahmen
- weiß über Unterstützungsangebote Bescheid
- empfindet kulturelle Vielfalt als Bereicherung
- beteiligt sich aktiv an bikulturellen, interkulturellen und interreligiösen Dialogen
- ist an der Schaffung eines attraktiven Außenbildes der Stadt Cottbus/Chósebus interessiert bzw. beteiligt
- identifiziert sich mit seinem unmittelbaren Lebensumfeld und nutzt Möglichkeiten der Teilhabe
- ist fähig und motiviert, sich für seine eigenen Belange und Themen und die anderer einzusetzen

Die von der Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebus am 25.06.2008 zur verbindlichen kommunalen Richtungsvorgabe erklärten „10 Handlungsfelder für eine lebenswerte, tolerante und weltoffene Stadt Cottbus“ werden durch den Lokalen Aktionsplan aktiv unterstützt.

Handlungsziele

- Aufklärung der Bevölkerung und Kommunalverantwortlichen über Erscheinungsformen und neue Strategien des Rechtsextremismus
- Förderung und Unterstützung von Zivilcourage
- Unterstützung demokratischer Beteiligungsprozesse
- Förderung des bikulturellen, interkulturellen und interreligiösen Dialogs innerhalb der Bürgerschaft der Stadt Cottbus/Chósebuz
- Stärkung demokratischer Jugendlicher in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechtsextremismus (z.B. Schule ohne Rassismus)
- Förderung von Integrationsmöglichkeiten für Migranten/innen
- Durchführung interkultureller Workshops
- Unterbreitung von medienpädagogischen Weiter- und Fortbildungsangeboten an Schulen und pädagogischen Einrichtungen
- Realisierung von multikulturellen Projekten auf der Grundlage des bikulturellen Charakters der Region
- starke Einbeziehung der ländlichen Stadtteile über attraktive Angebote
- Potenziale und Bedarfe identifizieren, kommunizieren und erfolgreich nutzen
- Zusammenarbeit mit den Trägern der anderen Lokalen Aktionspläne, besonders dem Landkreis Spree-Neiße
- Durchführung einer starken, aufeinander abgestimmten Vernetzungsstrategie

1.3 Handlungskonzept

Das gemeinsame Wirken von Vereinen, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Abstimmung mit der Verwaltung und der Politik soll der Erreichung der Ziele des lokalen Aktionsplanes dienen. Dabei sind Menschen aller Altersgruppen aktiv einzubeziehen. Bereits vorhandene Vernetzungen, Kommunikationsstränge und Arbeitsansätze gilt es zu nutzen und auszubauen.

Projektideen sollen nicht wahllos entwickelt werden, sondern an den positiven Erfahrungen und Wirkungen möglicher vorangegangener Projekte anknüpfen, die aus dem LAP-Kontext oder aus anderen Zusammenhängen stammen können. Projekte, die im Rahmen des LAP zur Umsetzung kommen sollen, müssen einen deutlichen Bezug zu der dem LAP zugrunde liegenden Strategie und nicht ausschließlich zum Thema des Bundesprogrammes aufweisen. Es muss möglich sein, auf der Grundlage von Ergebnissen einzelner Projekte neue Arbeitsschritte und Projektideen entwickeln zu können. Resultierend sollten Projektideen Vorrang haben, an denen bei Bedarf angeknüpft werden kann und die nicht auf ein kurzfristiges und begrenztes Resultat ausgerichtet sind.

Das Demokratieverständnis der Menschen in der Stadt Cottbus/Chósebuz soll im Ergebnis unserer Bemühungen ausgebaut und gefestigt werden. Vor allem sind gelingende und nachhaltige demokratische Erfahrungen zu ermöglichen und zu fördern.

Cottbus braucht Weltoffenheit und ein Klima der Toleranz und Sicherheit.

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt im öffentlichen Raum sind nicht akzeptabel und mit diesem Anspruch unvereinbar.

Gefahren für die Demokratie und die Menschenwürde gehen vom Rechtsradikalismus aus, wobei die Bekämpfung des Rechtsextremismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Rechtsextremismus ist auch in der Stadt Cottbus/Chóšebuz kein ausschließliches Jugend- sondern ein Gesellschaftsproblem. Die Aktivitäten gegen Rechtsextremismus sind so durchzuführen, dass viele Partner/innen gewonnen werden, die in der Summe den Rechtsextremismus in allen seinen Erscheinungsformen nachhaltig zurückdrängen. Daneben sollen andere Handlungsfelder eigenständig erschlossen und gegebenenfalls mit dem Schul- oder Jugendarbeitsbereich verknüpft werden. Dabei ist die Einbeziehung aller Generationen zu beachten.

Besondere Unterstützung soll jungen Menschen gegeben werden, die demokratische Werte mit Leben und Lebendigkeit füllen. Ihre positiven Erfahrungen und Ideen sollen nach Möglichkeit auch in andere Bereiche der Gesellschaft übertragen werden.

Junge Menschen, die Kontakt zu rechtsextremistischen Strukturen haben, sollen Hilfe und Unterstützung erhalten. Sie sollen bei Bemühungen adäquat unterstützt werden, sich von diesen Strukturen zu lösen. Wenn möglich, kann eine Integration in bestehende demokratische Jugendkulturen unterstützt werden. Einrichtungen der Jugendarbeit sind vor einer möglichen „Unterwanderung“ durch rechtsextremistische Gruppierungen zu schützen.

Es gilt, auf Parallelen zwischen der NS-Diktatur und dem heutigen Rechtsextremismus in seiner Ideologie, den Strukturen und konkreten Handlungsvollzügen hinzuweisen. Dafür sollte nach Möglichkeit auf regionale Aspekte (u. a. 15. Februar / Bombardierung von Cottbus/Chóšebuz) hingewiesen werden. Erlangte Kenntnisse aus rechtsextremistischen Szenen oder Strukturen sind für Präventions- und Interventionsmaßnahmen im Rahmen von Mikroprojekten zu verwerten. Die Maßnahmen zur nachhaltigen Zurückdrängung der extremistischen Szenen und Strukturen sind möglichst so anzulegen, dass sie durch Akteure sämtlich auch umgesetzt werden können.

Alle am Programm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ beteiligten Institutionen und Vereine sowie die im Lokalen Aktionsplan relevanten Fachbereiche und Partner unterstützen sich gegenseitig und können in Abstimmung mit der Koordinierungsstelle auf viele Akteure zurückgreifen.

Die Zielgruppen aller Aktivitäten und Projekte des Lokalen Aktionsplans sind an der Entwicklung und Umsetzung aller sie betreffenden Angebote aktiv zu beteiligen. Eine abgestimmte und zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln zählt sich aus, transportiert sie doch zum einen Anliegen und Entwicklungsstand des LAP, vor allem aber hilft sie, demokratische Signale in die Alltagswahrnehmung der Bevölkerung zu transportieren und dort zu verankern.

Auf der Grundlage der strategischen Entwicklungsziele sind alle Mittler- und Handlungsziele so entwickelt und die Mikroprojekte so zu planen und umzusetzen, dass sie auch der Forderung der Chancengleichheit von Mädchen und Jungen/Frauen und Männern dienen.

Die Gleichstellung der Geschlechter wird explizit gefördert. Gleichstellung ist grundsätzlich Bestandteil in der Projektplanung, sie ist in den Projektzielen und deren Umsetzung verankert. Einzelangebote entsprechend der Bedürfnisse der Geschlechter werden perspektivisch unterbreitet.

2. Situationsbeschreibung Rechtsextremismus

2.1 Problemlage in Cottbus/Chósebus

Organisierter Rechtsextremismus und rechtsextremes Gedankengut stellen in der Stadt Cottbus/Chósebus trotz vielfältiger Gegen-Aktivitäten von verschiedenen Akteuren weiter ein Problem dar. Seit der politischen Wende 1990 agieren Rechtsextreme in Cottbus/Chósebus.

Die momentan agierenden rechtsextremen Kräfte bestehen aus NPD, ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) und Freien Kräften bzw. Nationalen Sozialisten, wie sie sich hin und wieder nennen. Die NPD verfügt mittlerweile über durchaus arbeitsfähige Strukturen und organisiert sich regelmäßig Unterstützung durch Freie Kräfte vor Ort.

Neben dem strukturellen Rechtsextremismus gibt es in Cottbus/Chósebus wieder mehr Berichte über das erneute Aufkeimen eines bedrohlichen Klimas für nicht rechtsextrem orientierte Jugendliche und andere Gefährdungsgruppen wie Migranten, ausländische Studenten usw. an manchen Orten in der Stadt Cottbus/Chósebus, das neue Verunsicherung schafft.

So gab es allein im Jahre 2009 acht gewalttätige Übergriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund und zwei Übergriffe auf alternative Jugendliche. Von Januar bis Juni 2010 gab es sechs gewalttätige Übergriffe von Rechtsextremen auf alternative Jugendliche in Cottbus/Chósebus. (Zahlen der Opferperspektive Brandenburg)

Laut Polizeiangaben gab es von Januar bis August 2010 60 politisch motivierte Straftaten in Cottbus/Chósebus. 2009 waren es im gleichen Zeitraum 105 politisch motivierte Straftaten.

Die in Cottbus/Chósebus angesiedelten rechtsextremen Parteien und Zusammenschlüsse versuchen, langfristig Einfluss auf Jugendliche und auch Erwachsene zu nehmen. Die in der Bevölkerung latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit ist ein Thema, an dem auch Cottbuser Rechtsextreme ansetzen. Besonders in Stadtgebieten mit sozialen Problemlagen aber auch in den Cottbuser eher ländlich geprägten Ortsteilen versucht die NPD über dieses aber auch andere Themen weiter Fuß zu fassen.

Schaut man sich die Dimensionen rechtsextremer Einstellungen an, wird deutlich, dass Teile davon wie z.B. Ausländerfeindlichkeit, Ungleichwertigkeitsvorstellungen oder Abwertung der Demokratie durchaus auch in der normalen Bevölkerung und auch in der Stadt Cottbus/Chósebus vorhanden sind. Ebenso kann man feststellen, dass Zustimmung zu Teilen rechtsextremer Auffassungen sowohl unter Erwachsenen als auch bei Jugendlichen zu finden ist.

Rechtsextremismus ist also kein Jugendphänomen.

Demokratiemüdigkeit und Gefühl der Nichtbeteiligung an gesellschaftlichen Prozessen

Ein Einfallstor für die Zustimmung zu rechtsextremen Auffassungen ist eine verbreitete Demokratiemüdigkeit, die sich z.B. auch in der Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen widerspiegelt hat. Gründe dafür kann man – ohne Anspruch auf Vollständigkeit - ganz unterschiedliche vermuten.

Fehlendes Verständnis für die im Grundgesetz festgelegten Grundrechte und Grundfreiheiten, die für einen Teil der Bevölkerung auch nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten unklar geblieben sind und die sie nicht automatisch für sich als Wert übernommen haben. Dabei fehlt es zum Teil auch an Anknüpfungspunkten, wo und wie sich diese Grundrechte und Grundfreiheiten im normalen Leben der Menschen gestaltend auswirken.

Zu finden ist ein teilweise fehlendes Verständnis für die langwierigen Aushandlungsprozesse in einer Demokratie und die damit verbundene Notwendigkeit der Mehrheitenbeschaffung. Entscheidungsprozesse werden als zu undurchsichtig und als zu unverhältnismäßig lang empfunden.

Dies führt zum Teil zur kompletten Systemablehnung und lässt bei manchem die Sehnsucht nach einfacheren, überschaubaren gesellschaftlichen Strukturen, bis hin zum Wunsch nach einer starken staatlichen Macht aufkeimen, ohne es Diktatur nennen zu wollen. "Der Staat muss doch!" ist eine nicht selten zu hörende Auffassung, die die Eigeninitiative gerade im ländlichen Raum lähmt. Vielleicht ist dies zum Teil auch auf die Erfahrung mit zwei aufeinander folgenden Diktaturen zurückzuführen.

Bei vielen Bürgern wirken kontinuierliche, nicht verarbeitete eigene Abwertungserfahrungen seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf persönlicher, beruflicher und gesellschaftlicher Ebene nach, die den Blick für die Zukunft und auf die gesellschaftlichen Möglichkeiten verstellen. Punktuell hängen Bürger gedanklich noch so sehr an der Vergangenheit, so dass sie dadurch keinen Weg für eine eigene Beteiligung an der Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft und der eigenen Region finden.

Ebenso bildet der Mangel an Diskussionen über gesellschaftliche Entwicklungen ein weiteres Einfallstor für rechtsextreme Auffassungen.

Diskussionen und ein Austausch über den Weg der Gesellschaft und deren zukünftige Entwicklung finden im Kleinen – vor Ort in den Gemeinden – nur wenig und wenn, dann nur mit geringer Beteiligung statt. In manchen Orten kann man so wenig erleben, wie aus unterschiedlichen politischen Richtungen und mit einer damit verbundenen Streitkultur Standpunkte ausgehandelt und unterschiedliche Lösungsansätzen diskutiert werden.

Suche nach Schuldigen für gesellschaftliche Probleme

Spürbar ist auch in der Stadt Cottbus/Chósebus, dass Teile der umliegenden Region immer noch wirtschaftlich hinterher hängen und weniger Entwicklungs- und Arbeitsmöglichkeiten sowohl für Erwachsene als auch für Jugendliche bieten.

Dies und der sich auch weiterhin vollziehende Strukturwandel in der Gesellschaft werden von manchen Menschen als zu extrem und persönlich zu unberechenbar empfunden.

Eine teilweise Lähmung der Eigenverantwortung und eine Nichtbeteiligung an diesen gesellschaftlichen Prozessen und deren Gestaltung sind oft die Folge. Die Schuld für die mit diesem weiteren Wandel verbundenen möglichen oder auch nur gefühlten weiteren Verwerfungen wird zum Teil bei Politikern und vermeintlich "Verantwortlichen" gesucht.

Mit der beschriebenen Verunsicherung ist bei manchen eine allgemeine Zukunftsangst oder auch Angst vor dem sozialen Abstieg verbunden. Dabei spielt es oft keine Rolle, ob diese Angst tatsächlich reale Gründe hat. Für die Suche nach weiteren Schuldigen für diese gesellschaftlichen Probleme bieten rechtsextreme Auffassungen leichte Lösungen an. Kriminelle Ausländer oder Migranten, denen es vermeintlich zu gut geht, Juden oder die die Welt bevormundenden Amerikaner, Andersgläubige oder irgendwie abweichende Gruppen usw. werden als Schuldige ausgemacht. Dazu kommt außerdem ein verbreiteter unkritischer Umgang mit Sensationsberichten in Massenmedien, denen leichtfertig geglaubt wird. Und so finden mancherorts die einfachen Parolen mit den vermeintlich einfachen Lösungen, wie sie von rechtsextremen Parteien angeboten werden, offene Ohren.

Der Süden Brandenburgs und somit auch die Stadt Cottbus/Chósebuz ist zentrales Arbeitsgebiet verschiedener rechtsextremer Organisationen und Gruppierungen, die im Weiteren in Kurzfassung beschrieben werden. Dabei sind drei Bereiche zu unterscheiden:

- > rechtsextreme Parteien und ihre Jugendorganisationen
- > Freie Kräfte (mit unterschiedlicher Namensgebung z.B. Nationale Sozialisten, Autonome Nationalisten u.a.)
- > Auftauchen von rechtsextremen Einstellungen in anderen Gruppenzusammenhängen

2.2 Fazit für den Lokalen Aktionsplan

Wichtig ist bei der Betrachtung des Phänomens Rechtsextremismus in der Stadt Cottbus/Chósebuz, dass sichtbarer Rechtsextremismus nicht an sich das Problem darstellt, sondern als Problemanzeiger für schlecht funktionierende demokratische Prozesse gesehen werden kann und muss. Genau daran kann mit Hilfe eines Lokalen Aktionsplanes mit vielen Akteuren gemeinsam gearbeitet werden.

Quelle: Situationsbeschreibung Rechtsextremismus in der kreisfreien Stadt Cottbus/Chósebuz – Kurzfassung für den Lokalen Aktionsplan / demos-Institut für Gemeinwesenberatung Mobiles Beratungsteam Cottbus

3. Bisherige Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Seit dem Jahr 1999 existiert das Bündnis "Cottbuser Aufbruch", in dem sich viele zivilgesellschaftliche Akteure, aber auch Verwaltung und Polizei gemeinsam über die Situation in Cottbus/Chósebuz verständigen. Aus dem Bündnis heraus wurden vielfältige Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, aber auch für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit gestartet.

Zudem gibt es in den Stadtteilen Schmellwitz und Sachsendorf jeweils "Arbeitskreise gegen Rechtsextremismus", die sich besonders mit der Entwicklung in den Stadtteilen, rechtsextremen Treffpunkten und Aktionen und der Entwicklung von Gegenstrategien in ganz unterschiedlichen Bereichen beschäftigen. In diesem Zusammenhang fanden bereits vier Fachtage, initiiert durch den Arbeitskreis Rechtsextremismus Schmellwitz, zu diesen Themenkomplexen statt. Dies bot den Interessierten und Akteuren aus Jugendarbeit, Polizei und Schule Gelegenheit zum Austausch und zur Information.

Der Präventionsrat der Stadt Cottbus/Chósebus initiierte verschiedene Projekte gegen Rechtsextremismus und Gewalt, z.B. einen Fachtag 2010 zum "Umgang mit Gewalterfahrungen an der Schule". Auch zum jährlichen Gedenktag an die Bombardierung von Cottbus/Chósebus, welcher seit zwei Jahren von der NPD als Anlass für eine große Demonstration und für Kundgebungen genutzt wird, haben sich viele gesellschaftliche Akteure zusammen gefunden, um einerseits zu gedenken und andererseits klar gegen die Vereinnahmung von Cottbus/Chósebus durch Rechtsextreme zu protestieren.

Aktionen, wie die am 13.Dezember 2003 stattgefundene „Besendemo“ unter großer Beteiligung aus allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens der Stadt Cottbus/Chósebus, die jährlich stattfindende Veranstaltung „Laut gegen Nazis“ beim Campus Open Air und die Vielfalt beim Cottbus Open anlässlich des Stadtfestes verdeutlichen die Bemühungen der Zivilgesellschaft, dem schleichenden Alltagsrassismus und der Intoleranz etwas Wirkungsvolles entgegen zu setzen.

Präventive Maßnahmen freier Träger z.B. durch die Ermöglichung bi- oder trinationaler Jugendbegegnungen waren und sind fester Bestandteil der Aktivitäten in der Stadt.

Von den Cottbuser Kirchen gingen wichtige Initiativen von Gedenkandachten über Ausstellungen bis zu Kirchenasyl aus, begleitend flankiert von einer weit vernetzten Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Kirchengemeinden, in der Diakonie und im Religionsunterricht.

Zahlreiche Schulen in Cottbus/Chósebus arbeiten aktiv im Bereich der Prävention. Dabei reicht die Bandbreite von überregionalen Projektansätzen bis zu schulinternen oder klasseninternen Projekten einer Schule.

Folgende Aktivitäten an Cottbuser Schulen sind derzeit zu verzeichnen:

UNESCO-Projektschule Cottbus 21. Grundschule:

- Projekte im Namen der UNESCO-Projektschulen
- Projekte zu Kinderrechten mit verschiedenen außerschulischen Partnern

Europaschule Regine Hildebrandt Grundschule Cottbus:

- Öffnung zu anderen Schulen in Sachsendorf
- Intensiver Kontakt zu Europaschulen

Sachsendorfer Oberschule Cottbus /Schule mit hervorragender Berufsorientierung:

- Schulpräventionskonzept mit Ausrichtung auf den gesamten Schulalltag
- Ziel: Schule ohne Rassismus

Niedersorbisches Gymnasium:

Schule ohne Rassismus

Theodor – Fontane - Gesamtschule mit GOST Cottbus:

- Schulkonzept zum Umgang mit Rechtsextremismus
- Ziel: Schule ohne Rassismus

Humboldt Gymnasium Europaschule:

- Drogenberatung durch die Polizei
- Ziel: Schule ohne Rassismus

Ludwig-Leichhardt-Gymnasium:

- Drogenberatung durch die Polizei
- Nutzung der Präventionsangebote des Jugendrechtshauses

Die Stadtverordnetenversammlung Cottbus erklärte die „10 Handlungsfelder für eine lebenswerte, tolerante und weltoffene Stadt Cottbus“ am 25.06.2008 zur verbindlichen kommunalen Richtungsangabe.

4. Gremien, Partnerschaften und Aussagen zur organisatorischen Bewältigung des Programms

4.1 Ämternetzwerk

Das Ämternetzwerk hat die Aufgabe, die fachliche Einschätzung der Verwaltung in die Beschlussfassung des Begleitausschusses einzubringen sowie Diskurse und Entscheidungen aus dem Begleitausschuss in die Ämter zu transportieren.

Das Ämternetzwerk trifft sich einmal im Quartal. Die Federführung obliegt dem Fachbereich Ordnung/Sicherheit.

Vertreten im Ämternetzwerk sind:

Geschäftsbereich II

- Herr Nicht, Beigeordneter, Vorsitzender des Begleitausschusses
- Frau Sibrow, Geschäftsstelle Präventionsrat
- Herr Geißler, FBL Ordnung und Sicherheit
- Herr Specht, FB Feuerwehr, ABL Einsatzdienst (Freiwillige Feuerwehr)

Büro OB

- Frau Konzack, Integrationsbeauftragte der Stadt Cottbus

Geschäftsbereich III, Fachbereich 51(Stärken vor Ort)

- Herr Weiße, GBL für Jugend, Kultur und Soziales
- Frau Hansch, FBL Jugend, Schule und Sport und/oder
- Frau Effenberger, Sozialarbeiterin

Geschäftsbereich IV, Fachbereich 61(Soziale Stadt)

- Frau Byhain, SB Projektbearbeitung
- Frau Limberg, SB Stadtgestaltung

4.2 Zivilgesellschaftliche Partner

Um Vertreter/innen der Zivilgesellschaft zu sensibilisieren und zu aktivieren, bedarf es Möglichkeiten und Wege, diese Akteure zu erreichen, sie in der Entwicklung ihrer Idee zu „qualifizieren“ und zu unterstützen sowie sie in der Umsetzung ihres Projektes auch längerfristig zu begleiten. Qualifizierte und stabile Initiativen sind Ausdruck einer entwickelten und handlungsfähigen Zivilgesellschaft.

Demzufolge muss auch die langfristige und verlässliche Begleitung dieser Initiativen unterstützenswerter Bestandteil der Umsetzung der Strategie des Lokalen Aktionsplans der Stadt Cottbus/Chóšebuz sein.

Die Mehrzahl der angedachten und geplanten Projekte und Maßnahmen im Kontext der Entwicklung von Demokratie und Toleranz sind ohne die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure und Einrichtungen nicht denkbar oder umsetzbar. Deshalb sind sie an der Erstellung und Fortschreibung der kommunalen Handlungsstrategie aktiv zu beteiligen. Dies geschieht durch ihre Vertreter/-innen im Begleitausschuss und durch ihre Trägerschaft von Einzelprojekten und Maßnahmen. Darüber hinaus ist es wichtig, die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite und Vielfalt an der Reflexion und Weiterentwicklung der kommunalen Handlungsstrategie zu beteiligen.

Hierfür sind geeignete Formate zu entwickeln und mindestens einmal jährlich umzusetzen.

Partner des Lokalen Aktionsplanes in Cottbus/Chóšebuz sind:

- Stadtverwaltung und Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Cottbus
- Cottbuser Aufbruch
- Arbeitsfördergesellschaften
- Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Cottbus
- Arbeitskreise gegen Rechtsextremismus Schmellwitz und Sachsendorf
- Behindertenbeirat
- Brandenburgische Technische Universität, Hochschule Lausitz
- Bürgervereine und Ortsbeiräte
- Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Cottbus e.V.
- Domowina Bund Lausitzer Sorben e.V. - Zwězk Łužyskich Serbow z. t.
- Freiwillige Feuerwehren
- FreiwilligenAgentur Cottbus
- Gewerkschaften
- Kammern
- Kulturelle Einrichtungen (Museen, Theater usw.)
- Kulturvereine
- Mobiles Beratungsteam Cottbus
- Opferperspektive e.V., Weißer Ring
- Qualifizierungs- und Bildungsträger
- RAA Cottbus (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie)
- Schulvereine / Fördervereine von Schulen
- Seniorenbeirat
- Stadtsportbund e.V., Stadtsportjugend e.V., Sportvereine
- Stadteilläden Neu-Schmellwitz und Sandow
- Wirtschaft
- Wohnungsgesellschaften
- weitere gemeinnützige Vereine

4.3 Begleitausschuss

Der Begleitausschuss konstituierte sich im Februar 2011 und hat sich in der ersten Sitzung zu den Grundlagen der gemeinsamen Arbeit vereinbart. Während einer Klausurtagung im August 2011 verständigten sich die Mitglieder zu den Erfolgskriterien und legten daraufhin die Vergabekriterien für die Bewilligung von Mikroprojekten durch das Gremium fest.

Das Gremium legt die strategische Ausrichtung des Lokalen Aktionsplans fest und überwacht seine Umsetzung. Im Begleitausschuss werden Entscheidungen zu Erweiterungen oder Korrekturen des LAP getroffen. Darüber hinaus trifft der Ausschuss Grundsatzentscheidungen zu den zu fördernden Mikroprojekten. Er kann eine Fremdevaluation durchführen.

Der Ausschuss setzt sich mehrheitlich aus Vertreter/innen der Zivilgesellschaft sowie aus Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung zusammen.

Mitglieder des Cottbuser Begleitausschusses sind:

Als Vertreter/innen der Stadtverwaltung (stimmberechtigt mit 20%):

- Lothar Nicht (Beigeordneter GB II Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Bürgerservice)
- Ramona Sibrover (GB II, Geschäftsstelle des Präventionsrates der Stadt Cottbus)
- Monika Hansch (GB III FB 51, FBL Jugend, Schule und Sport) oder Rosemarie Effenberger (GB III FB 51, SB Jugendförderung)

Als Vertreter/innen der Zivilgesellschaft (stimmberechtigt mit 80%) sind Personen aus folgenden Institutionen, Bündnissen, Arbeitskreisen oder Vereinen vertreten:

- Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Cottbus
- Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus Sachsendorf
- Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus Schmellwitz
- Beratungsstelle der Polizei
- Bürgerverein Schmellwitz
- BTU-Cottbus, Akademisches Auslandsamt
- Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Cottbus e.V.
- DGB
- Domowina Bund Lausitzer Sorben e.V. - Zwězk Łužyskich Serbow z. t.
- Förderverein Cottbuser Aufbruch e.V.
- RAA Cottbus
- Staatliches Schulamt Cottbus

Beratend nehmen an den Sitzungen teil:

- Büro OB, Integrationsbeauftragte der Stadt Cottbus/Chóšebuz
- Externe Koordinierungsstelle, Demokratie und Integration Brandenburg e.V.
- Mobiles Beratungsteam Cottbus

Der Begleitausschuss hat sich im engagierten Wirken jedes einzelnen Mitgliedes in der Entwicklungsphase außerordentlich bewährt und bildet durch die Qualität der Vernetzung und die gesammelten Erfahrungen eine wertvolle Ressource.

4.4 Lokale Koordinierungsstelle

Die Lokale Koordinierungsstelle wird beim Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Bürgerservice der Stadt Cottbus/Chóšebuz angesiedelt. Koordinatorin ist die Präventionsbeauftragte Frau Ramona Sibrover.

Eine externe Koordinierungsstelle wurde in der Entwicklungsphase eingerichtet. Träger ist der Verein Demokratie und Integration Brandenburg e.V.

Die Koordinierungsstelle versteht sich als Dienstleister für die Aktiven und ist wesentlich verantwortlich für die Logistik, Kommunikation und die nahtlose Zusammenarbeit im laufenden Programm.

Sie arbeitet sehr eng mit der Koordinatorin der Stadtverwaltung Cottbus/Chóšebuz und dem Begleitausschuss zusammen.

Die umfassende Beratung der Projektträger zur Antragstellung, Abrechnung und Evaluation der Einzelprojekte ist einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der Koordinierungsstelle.

Die Unterstützung der Arbeit des Begleitausschusses, das Erstellen eines jährlichen Gesamtergebnisberichtes an die Regiestelle des Bundes, das Erarbeiten eines jährlichen Gesamtverwendungsnachweises aus den der Koordinierungsstelle vorzulegenden Verwendungsnachweisen der Mikroprojekte, sowie die Antragstellung auf eine weiterführende Förderung werden ebenso von der Koordinierungsstelle geleistet.

Sie ist für die Sicherstellung der Erreichung von Leistungs- und Finanzziele verantwortlich, sichert das Projekt-Controlling und sorgt für eine Optimierung der Entscheidungs-, Reaktions- und Innovationsfähigkeit des Projektmanagements.

Die intensive Kommunikation auf Bundes- und Landesebene, wie auch zur wissenschaftlichen Begleitung des Projektes wird von der Koordinierungsstelle abgesichert und gepflegt.

4.5 Gewährleistung der internen Kommunikation

Zur Erreichung der Ziele des Lokalen Aktionsplanes werden unter Verantwortung der Koordinierungsstelle regelmäßige Treffen zum Informations- und Erfahrungsaustausch durchgeführt.

Es wird ein Kommunikationsverbund aufgebaut zwischen der Stadtverwaltung, den beteiligten Akteuren, den Schulen, den Vereinen und der Wirtschaft der gewährleistet, dass Führungsinformationen sofort zugänglich werden.

Es gibt regelmäßige Arbeitsbesprechungen zwischen dem verantwortlichen Beigeordneten, der Koordinatorin und der Koordinierungsstelle.

Mitglieder des Begleitausschusses kommunizieren über einen Emailverteiler zwischen den regelmäßig stattfindenden Sitzungen.

Die Verantwortlichen nehmen verpflichtend an den Landeskoordinatorentreffen und den Veranstaltungen des Programms auf Bundesebene teil. Informationen aus diesen Zusammenkünften werden dem Begleitausschuss und dem Ämternetzwerk zugänglich gemacht.

4.6 Qualitätssicherung, Selbstevaluation und Fremdevaluation

Selbstevaluation

Die Evaluation beinhaltet, ein Mikroprojekt oder Programm dahingehend zu hinterfragen, ob und mit welchem Aufwand die Projektziele erreicht (bzw. nicht und warum nicht erreicht) wurden und welche Wirkungen das Projekt/Programm auf einen vorher bestimmten Praxis- oder Personenkreis hat.

Eine Selbstevaluation führen die Handelnden selbst durch. Selbstevaluation ist die systematische interne Überprüfung des Verlaufs und der Ergebnisse eines Projektes durch die durchführende/n Organisation oder Personen selbst.

Der Zuwendungsempfänger entwickelt und nutzt spezifische Systeme der Selbstevaluation und der Evaluation der Praxis ihrer Tätigkeitsbereiche. Ziele, Praxis und Wirkungen sind regelmäßig zu prüfen.

Mehr noch als die Leistungen werden die Wirkungen der Leistungen anerkannt. Es darf nicht dem Zufall überlassen bleiben, ob und wie weit man möglichst frühzeitig und objektiv sieht, welche Zielerreichungsbeiträge die Arbeit erbringt.

Die regelmäßige Evaluation soll systematische Informationen liefern, um die Planungen zu verbessern und die Handlungen den sich verändernden Rahmenbedingungen und dem aktuellen Bedarf anzupassen.

Aus diesem Grunde werden im Lokalen Aktionsplan der Stadt Cottbus/Chósebus die Ziele und Qualitäten eines Mikroprojektes vorher entwickelt, vereinbart und klar definiert und für jedes Mikroprojekt im Zuwendungsbescheid festgesetzt.

Bei Schulprojekten und anderen Maßnahmen mit Kindern und Jugendlichen, insbesondere bei offenen Projekten, wird zur Feststellung der Qualitätsentwicklung oft eine Selbstbewertung vorgenommen. Die Selbstbewertung bietet sich auch als eine ergänzende Maßnahme zu Teilnehmerbefragungen an.

Fremdevaluation

Eine Fremdevaluation kann von den Mitgliedern des Begleitausschusses und den Angehörigen der Koordinierungsstelle vorgenommen werden, um herauszufinden, ob die im Lokalen Aktionsplan der Stadt Cottbus/Chósebus in einem Mikroprojekt enthaltenen Ziele tatsächlich erreicht werden oder ob die angegebenen Ziele bis hin zu den Einzelmaßnahmen verändert werden müssen.

4.7 Zeitnahe Mittelbewirtschaftung

Um eine zeitnahe Mittelbewirtschaftung zu gewährleisten und um die kurzfristige Vergabe möglicher Restmittel zu prüfen, melden die Projektleiter/innen der beteiligten Mikroprojekte zum 20.09. des Kalenderjahres der Koordinierungsstelle per E-Mail oder Fax:

- a) Dokumentations-Nummer des Bewilligungsbescheides
- b) Summe laut Zuwendungsbescheid
- c) voraussichtliche Inanspruchnahme bis Ende des Förderzeitraumes im laufenden Jahr
- d) Mehrbedarf oder wahrscheinliche Rückzahlung in Höhe von €
- e) kurze Begründung:

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass die Gewährung einer höheren Zuwendung bei begründetem Mehrbedarf nur auf der Grundlage einer fördertechnischen Umverteilung zwischen den Mikroprojekten, d. h. bei Nichtauslastung der Zuwendung durch einzelne Mikroprojekte/Koordinierungsstelle, erfolgen kann.

Bei Antrag auf Mehrbedarf wird die Koordinierungsstelle den Antragsteller kontaktieren, um das weitere Verfahren in enger Abstimmung mit der Koordinatorin zu betreiben. Wird ein Mehrbedarf gewährt, ist von dem betreffenden Mikroprojekt ein Änderungsantrag an die Koordinierungsstelle zu stellen.

Nicht verbrauchte oder zu erstattende Mittel sind auf das im Zuwendungsbescheid angegebene Konto der Stadt Cottbus/Chóśbuz unter Angabe des Verwendungszweckes und der Projekt-Nummer des Bewilligungsbescheides zurück zu überweisen. Verspätete Rückzahlungen führen aufgrund einer Auflage des BMFSFJ zu einer Verzinsung des Erstattungsbetrages.

4.8 Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen

Öffentlichkeitsarbeit im Kontext des Lokalen Aktionsplanes der Stadt Cottbus/Chosebuz soll vor allem drei Wirkungen entfalten. Sie soll Mittel und Wege finden, tatsächlich in die alltägliche Wahrnehmung eines größtmöglichen Teils der Bevölkerung der Stadt Cottbus/Chóśebuz und angrenzender Gebiete einfließen zu können. Darüber hinaus soll sie zur Identifikation der Akteure mit der Strategie und den Themen des LAP beitragen. Nicht zuletzt soll über sie ein Portal/Kontaktpunkt geschaffen werden, über den sich Akteure und Interessenten ein entsprechend konkretes Bild von einzelnen Projekten machen können, das Kooperation, Anschlussprojekte oder Multiplikation ermöglicht.

Ziele der Öffentlichkeitsarbeit sind, die Bekanntheit des LAP zu vergrößern, eine aktivierende Werbung zu realisieren, die Vernetzung der Akteure zu verstärken und den stadtöffentlichen Diskurs über die Ziele und Ergebnisse des LAP zu unterstützen.

In Zusammenarbeit mit der BTU Cottbus wird im Rahmen eines Wettbewerbs ein Logo für den Lokalen Aktionsplan der Stadt Cottbus/Chóśebuz erstellt. Dessen Verwendung und die Verwendung der zentralen Logos auf Druckerzeugnissen, in Videos und auf der Website sollen die Identifikation stärken und den Wiedererkennungswert steigern.

Es werden verschiedene Druckerzeugnisse entworfen und nach Fertigstellung in der Stadt Cottbus/Chóśebuz verteilt.

Die Internetpräsentation der Stadt Cottbus ist gegeben und soll wegen des hohen Bekanntheitsgrades genutzt werden. Mittelfristig soll in Ergänzung zu den städtischen Internet-Möglichkeiten eine gesonderte Homepage entstehen.

Veranstaltungen und Projekte werden auf dieser Website bekannt gemacht und programmrelevante Formulare und Informationen bereitgestellt.

Für die Verbreitung des Lokalen Aktionsplans ist eine intensive persönliche Kommunikation mit Verantwortlichen aus der Stadtverwaltung, der Wirtschaft, mit Lokalpolitikern aller demokratischen Parteien und mit gesellschaftlich relevanten Institutionen und Organisationen wichtig. Über die Gewinnung von Kooperationspartnern (z.B. Wirtschaft, Institutionen, Sport) ist der Bekanntheitsgrad weiter zu vergrößern.

Veranstaltungen einzelner Projekte sollen über die Koordinierungsstelle gezielt beworben werden. Es findet eine regelmäßige Information über die Presse statt. Dafür wird die wöchentlich stattfindende Pressekonferenz in der Stadtverwaltung Cottbus/Chóšebuz genutzt.

Eine permanente und systematische Dokumentation (Datenbank) fördert die Transparenz und die Kommunikation.

Zur Information der Öffentlichkeit sind (öffentlich wirksame) Tagungen ebenso sinnvoll wie Aufsätze in Fachzeitschriften und zwischenzeitliche Dokumentationen in Form von Broschüren.

Am Ende des Prozesses steht eine Gesamtdokumentation.

4.9 Kooperation mit der wissenschaftlichen Begleitung

Das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ wird wissenschaftlich begleitet. Die wissenschaftliche Begleitung obliegt dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. und der Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH.

Die aus dem Bundesprogramm geförderten Träger und die Akteure der Mikroprojekte sind zur Kooperation und Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Begleitung verpflichtet.

Die Stadt Cottbus/Chóšebuz ist eine von 15 ausgewählten Kommunen, deren Lokale Aktionspläne neben der quantitativen Befragung auch nach qualitativen Methoden untersucht werden.

5. Gender Mainstreaming

Das Prinzip des Gender Mainstreaming ist integraler Bestandteil des LAP. Angebote, Maßnahmen und Handlungsfelder richten sich sowohl an beide Geschlechter oder sind auch geschlechtsspezifischer Natur.

Mädchen und Jungen, Frauen und Männern wird jeweils der gleiche Zugang zu allen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus gewährt. Ihren besonderen Lebenslagen, Interessen und Potentialen ist dabei gleichermaßen Rechnung zu tragen, wie den festzustellenden Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen.

Bei der Auswahl der Einzelprojekte durch den Begleitausschuss wird darauf geachtet, dass die ausgewählten Projekte die Grundsätze des Gender Mainstreaming beachten.

In der praktischen Umsetzung des LAP wird:

- geprüft, wie viele Frauen/Mädchen und wie viele Männer/Jungen von einer Maßnahme oder/und einem Handlungsfeld betroffen sind und wie viele Frauen/Mädchen und Männer/Jungen im Handlungsfeld mitwirken,
- gefragt, wie die in der Maßnahme bewegten Mittel zwischen den Geschlechtern verteilt werden,
- nach den Ursachen der festgestellten Repräsentation und Ressourcenverteilung zwischen den Geschlechtern und ihren Veränderungsmöglichkeiten gesucht.

Gender Mainstreaming ist damit Bestandteil der Evaluation des LAP.

Die Ziele des LAP Cottbus/Chósebus und Einzelmaßnahmen sollen so geplant und umgesetzt werden, dass sie auch der Förderung der Chancengleichheit von Mädchen und Jungen sowie Frauen und Männern dienen. Die Gleichstellung der Geschlechter soll explizit gefördert werden. Darauf wird in der Planung und Umsetzung besonders geachtet.

In Cottbus kann es insbesondere wegen des besonderen Anziehungspotentials in die rechtsextreme Szene für Jungen und junge Männer auch sinnvoll sein, zur Förderung der Chancengleichheit gezielt Projekte für diese Zielgruppe durchzuführen.

Mädchen und Jungen, Frauen und Männern wird jeweils der gleiche Zugang zu allen Veranstaltungen und Aktivitäten gewährt. Bei den Mikroprojekten wird darauf geachtet, dass geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigt werden bzw. Aussagen zur Relevanz des Projektes für Mädchen/Jungen bzw. Frauen/Männern enthalten. Die Projektleiter/innen sind für die Umsetzung des Gender Mainstreaming verantwortlich. Sie werden verpflichtet, bei der Planung, Durchführung und Auswertung der Einzelprojekte die Prinzipien des Gender Mainstreaming zu beachten. In der Öffentlichkeitsarbeit und bei der Werbung zur Einreichung von Einzelprojekten wird darauf geachtet, dass auf den Aspekt der Förderung der Chancengleichheit hingewiesen wird.

Bei der Auswahl der Begleitausschussmitglieder wurde auf eine möglichst gleichmäßige Verteilung von männlichen und weiblichen Mitgliedern Wert gelegt.

6. Einbindung in regionale Entwicklungskonzepte

Nach der Entwicklungs- und Implementierungsphase der kommunalen integrierten Strategie ist die Einbindung in bereits bestehende regionale Entwicklungskonzepte angedacht und wird diese mit den Verantwortlichen geprüft.

Es muss vor allem herausgearbeitet werden, welche Effekte für die Entwicklung von Tourismus, Wissenschaft und Wirtschaft das mögliche Erstarken rechtsextremistischer Strukturen in der Region im Negativen einerseits und die Stärkung eines demokratischen, weltoffenen, flexiblen Gemeinwesens im Positiven haben kann. Die direkte Beteiligung von Vertreter/innen von Unternehmen der verschiedensten Branchen, wissenschaftlichen Institutionen, der Wirtschaftsverbände oder Kammern an der Entwicklung der Strategie des Lokalen Aktionsplans der Stadt Cottbus/Chósebus oder auch einzelner Projekte sollte unbedingt angestrebt werden. Im Bereich der Jugendarbeit existierende Qualitätsstandards werden zur Umsetzung des LAP genutzt. Mikroprojekte, die im Rahmen des LAP in den zentralen Handlungsfeldern der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in der Stadt umgesetzt werden, dürfen ihrerseits die bestehenden Qualitätsstandards nicht verletzen oder umgehen.

7. Datenschutz

Die Zuwendungsempfänger haben die datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu beachten. Insbesondere wird auf den zweiten und dritten Abschnitt des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) hingewiesen.

Erhobene personenbezogene Daten sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu anonymisieren.